



JUNG+LIBERAL

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen

A photograph of a woman with long brown hair wearing a bright yellow t-shirt. She is holding a stack of three white paper cups. A large, hollow pink triangle is superimposed over the image, with the word 'Krisenzeiten' written vertically inside it. In the bottom right corner, there are two slanted yellow bars.

Krisenzeiten



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

J E T Z T

M U T

M A C H E N

Weltweit zeigen Menschen, dass sie angesichts der Corona-Pandemie zusammenhalten. Denn trotz allem gilt: Gemeinsam sind wir stärker.

Mit unserer Kampagne wollen wir Mut machen, geben Denkanstöße und diskutieren mit Experten aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft Lösungen für die Zukunft. Wir geben der Freiheit eine Stimme, weil Freiheit ohne Zusammenhalt keine ist.

Besucht unsere Webtalks und Interviews live oder on-demand und folgt uns auf Social Media unter [#JetztMutMachen](#).

plus.freiheit.org

[#JetztMutMachen](#)



4-5
**Applaus ist nett,
Tarifbindung ist nötig**

Warum Bonuszahlungen und Applaus für systemrelevante Berufe ganz nett, aber keine langfristige Wertschätzung sind, schreibt Matthias Keidel.



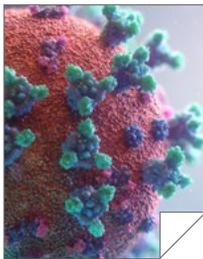
12
**Darf's noch ein bisschen
Staat sein?**

Size matters. Auch in der Krise. Warum ein großer Staat nicht gleich große Hilfe bedeutet, beschreibt Matti Karstedt in diesem Artikel.



14-15
Wissenschaft und Politik

Wer Wissen schaffen sollte, und wer die politische Wertung übernehmen muss, erklärt Tabea Gandelheit in ihrem Artikel.



16-17
Globalize it!

Die Globalisierung ist Schuld an der schnellen Verbreitung des Coronavirus. Aber kann sie auch dessen Lösung sein? Ja, findet Michel Nentwig.

CHEFREDAKTION



FRANZISKA ZIMMERER (26) ist ein echtes Münchner Kind und lebt als Kommunikationsberaterin im Berliner Exil. Wenn sie nicht an politischen Memes für Twitter bastelt, kauft sie stapelweise Bücher. Ihr erreicht sie unter: franziska.zimmerer@julis.de



FRANZ MÄRTL (21) ist Beisitzer im Landesvorstand der JuLis Rheinland-Pfalz für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und studiert Jura im 5. Fachsemester. Seine freie Zeit verbringt er auf Berggipfeln oder mit einem guten Buch in Hand. Ihr erreicht ihn unter: franz.maertl@julis.de

EDITORIAL

Liebe JuLis,

zumindest bei Einem sind sich alle einig: Die weltweite Corona-Pandemie wird in den Medien, von Regierungen, Wirtschaftsvertretern und selbst von der Queen als die schlimmste Krise der Nachkriegszeit bezeichnet. Doch was ist eine Krise? Per Definition gehört zu einer Krise ein Höhe- oder Wendepunkt innerhalb einer gefährlichen Entwicklung. Während wir den Höhepunkt bei den Einschränkungen der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit am eigenen Leib erfahren, findet die Diskussion über einen möglichen Wendepunkt zwar schrill, aber kaum lösungsorientiert statt. Dabei bietet der Liberalismus – anders als ideologische Träumereien von Systemumstürzen – Lösungen, die es lohnt zu diskutieren. In diesem Heft. Von uns Jungen Liberalen.

Wir, Franziska und Franz, haben unser erstes Heft als Chefredaktion diesem Themenkomplex gewidmet, weil wir als Verband einen konstruktiven Beitrag zu den sehr emotional geführten Diskussionen der letzten Monate leisten möchten. Darüber hinaus ist es uns es uns genauso wichtig aufzuzeigen, wie verbandsinterne Aufgaben und politische Arbeit auch während einer Krisenzeit stattfinden können. Weil es unser erstes Heft ist, würden wir uns besonders über Feedback, Anregungen und Kritik freuen. Ihr erreicht uns unter redaktion@julis.de.

*Eure Chefredaktion
Franziska & Franz*

Systemrelevante Berufe
Applaus ist nett, Tarifbindung ist nötig. **5**

Virtueller Landeskongress
Ein Erfahrungsbericht aus Bayern. **6**

So viel Staat verträgt die Wirtschaft
– jetzt und in Zukunft **8**

Not kennt kein Gebot?
Über die Justiz im Ausnahmezustand **10**

Darf's noch a bisschenl Staat sein?
Size matters. Auch in der Krise. **12**

Wahlkampf mit Hindernissen
Ein Erfahrungsbericht **14**

Politik in der Krise
Die Stunde der Wissenschaft? **15**

Toilettenpapier, Pasta & Co
Lieferketten und Warenverkehr in Zeiten der Corona-Krise **18**

Es ist nicht die Schuld des Kapitalismus! **19**

Fluch und Segen *Was wir von Corona für unser Bildungssystem lernen können.* **20**

In der Corona-Krise hochgelobt und doch nicht anerkannt *Warum Taiwan mehr ist als ein erfolgreicher Virusbekämpfer* **22**

EDITORIAL **3**

DEBATTENARENA **7**

TikTok und Politik **9**

LESEZEICHEN **16**

INTERNATIONALE SEITE **16**

MANÖVERKRITIK **20**

Die Grüne Jugend **23**

DIE LETZTE SEITE **23**

IMPRESSUM **23**

NEUE RUBRIKEN!

Systemrelevante Berufe

Applaus ist nett, Tarifbindung ist nötig.



Na, habt ihr in der Corona-Krise auch schon abends auf dem Balkon gestanden und geklatscht? Das ist nett – nicht mehr und nicht weniger. Doch kaufen können sich die Menschen, die in sogenannten „systemrelevanten Berufen“ arbeiten und gerade für die ganze Republik das Rad am Laufen halten, recht wenig. Der Grund: In diesen systemrelevanten Berufen wird verdammt schlecht gezahlt. Warum ist das so? Kann die Politik was dagegen tun? Und welche Berufe sind eigentlich systemrelevant?

Eine Liste mit systemrelevanten Berufen führt – wie soll es im föderalen Deutschland auch anders sein – jedes Bundesland für sich selbst. In Rheinland-Pfalz, zum Beispiel, bezieht sich das unter anderem auf Polizist*innen, Feuerwehrleute, Beschäftigte im Gesundheitswesen und in der Justiz, Lehrkräfte, Erzieher*innen und die Menschen, die für die Grundversorgung mit Strom und Wasser zuständig sind. Es geht um die, ohne die so gar nix geht. Ohne sie funktioniert kein Rechtsstaat, sind wir schutzlos Katastrophen und Krankheiten ausgeliefert, müssen unseren Kinder selbst die dritte binomische Formel lehren und auf eine heiße Dusche am Morgen verzichten. Ihr seht: Das ist keine Option.

LÖST EINE CORONA-BONUSZAHLUNG DAS PROBLEM?

Ein Großteil dieser Menschen, auf die wir als Gesellschaft aufgrund von Beruf oder Berufung nicht verzichten können, verdient deutlich unterdurchschnittlich. Ein Beispiel? Der Mensch, dem ihr hoffentlich beim letzten Toilettenpapierkauf an der Supermarktkasse wenigstens ein Lächeln geschenkt habt, verdient knapp 27.000 Euro im Jahr – brutto. Systemrelevante Berufsgruppen werden gerade allseits mit Lob und vielen Ideen überschüttet, wie man ihnen für ihren eigentlich unverzichtbaren Dienst an der Gemeinschaft auch in finanzieller Hinsicht danken kann. Markus Söder (CSU) sagt: Steuerfreie Bonuszahlung, 500 Euro. Katrin Göring-Eckardt (Grüne) findet sowas auch gut. Sie will dazu an den Gesundheitsfonds ran, Saskia Esken (SPD) hingegen lieber an den Geldbeutel von Vermögenden und Amira Mohamed Ali (Die Linke) wahrscheinlich an beides.

Mit systemrelevanten Berufen wird also derzeit Politik gemacht. Und da geht es hauptsächlich darum, wie wir jetzt schnell, schick und steuerfrei die Extraeuros auf die Konten der ausführenden Menschen kriegen. Ich finde das alles etwas scheinheilig. Prämie, Sonderzuschuss und Umverteilung, das alles ist schnell vorge schlagen und wahrscheinlich auch vollzogen.

Die Wurzel allen Übels liegt aber nicht darin, dass die Politik sich in den vergangenen Jahren zu sehr eingemischt hat. Die Sozialpartnerschaft, das Zusammenspiel von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft, tritt immer öfter in den Hintergrund von politischen Debatten, in denen – wie schon beim Mindestlohn – ein

Überbietungswettbewerb in Euro stattfindet. Derweil verlieren Gewerkschaften immer mehr Mitglieder. Der Staat wird's schon richten.

POLITIK MUSS TARIFFLUCHT STOPPEN!

Es muss anders gehen: Wir müssen weg von konkreten Euros, hin zu einer Debatte über gesetzgeberisch Grundlegendes, nämlich einer stärkeren Tarifbindung. Sie ist laut Statistischem Bundesamt rückläufig. Im ‚Westen‘ hatten 24 Prozent der Beschäftigten 1998 keinen Tarifvertrag, 2018 waren es schon 43 Prozent. Im ‚Osten‘ hat sogar die Mehrheit einen Arbeitsvertrag ohne Tarifbindung. Deutlich wird aus den Zahlen auch: Je stärker traditionell gewerkschaftlich vertreten und je größer der Betrieb, desto höher die Tarifbindung. Und: Ohne Tarifbindung weniger Kohle.

Wir müssen da ran. Mir ist die Debatte darum, wer sich jetzt mit dem höchsten Vorschlag an Bonuszahlungen für die systemrelevante Arbeit innerhalb der Corona-Krise hervortut, zuwider. Die Politik steht in diesen Berufsgruppen in der Pflicht. Wenn immer mehr Betriebe einen Ausweg aus der Tarifbindung finden, können wir das gerne nach dem jungliberal-beliebten Motto „Der Markt regelt!“ laufen lassen. Fair enough!

Wenn wir aber gleichzeitig feststellen, dass es bestimmte Berufsgruppen gibt, die dafür Sorge tragen, dass unser Staat nicht in sich zusammenklappt, dann haben wir doch auch staatlicherseits die Pflicht, dass in genau diesen Berufsgruppen Arbeitsbedingungen herrschen – flächendeckend tarifgebunden und mit fairem Lohn. Wo etwas systemrelevant ist, muss auch eine Allgemeinverbindlichkeit herrschen.

Das bedeutet für die Pflegekraft im Altenheim auf Dauer weit mehr Wertschätzung und Anerkennung als allabendlicher Applaus vom Balkon herab oder ein Scheck mit Politiker*innen-Dankeswort, die eine schöne Schlagzeile produzieren wollen.



MATTHIAS KEIDEL (26) arbeitet als Referent für Öffentlichkeitsarbeit, Medien, Digitale Infrastruktur, Netzpolitik, Gleichstellung und Frauenförderung in der FDP-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz. Nach nordrhein-westfälischer Definition ist er damit systemrelevant. Ihr erreicht ihn per Mail unter keidel@julius.de

Als hätten wir es gehnt: Bereits im Dezember haben wir als Landesvorstand Bayern beschlossen, unsere LaKos digitaler abzuhalten und in einem zweiten Schritt einen virtuellen Kongress im Juli stattfinden zu lassen. Es kam schon früher: Am 19. April haben wir unseren ersten virtuellen Landeskongress und damit unseren 97. LaKo planmäßig abgehalten. In meinem Erfahrungsbericht möchte Euch hier ein wenig an den technischen Gegebenheiten für so ein Vorhaben teilhaben lassen.

Unser erster virtueller Landeskongress

Ein Erfahrungsbericht aus Bayern

KURZ ZUR TECHNIK:

Für beide Termine mussten wir zunächst ein Präsentationssystem auftreiben, mit dem wir Anträge, Redeliste und Abstimmungen aus einer Hand digital darstellen und abbilden können. Meine Wahl hierfür fiel schon im Dezember auf OpenSlides. Die Vorteile: Es ist eine Opensource-Software, wird ständig weiterentwickelt und wir können als Landesverband unsere Erfahrung teilen und das System auf einem eigenen Server unseren Untergliederungen zur Verfügung stellen.

Im Januar hatten wir das System bei Präsenzveranstaltungen getestet. Seit März gibt es zudem auch ein digitales Abstimmungstool - praktisch. Wir hatten kurz vorher beschlossen, aufgrund der Entwicklungen rund um Corona, den Kongress ins Netz zu verlegen. Auch die technischen Erweiterungen von OpenSlides für virtuelle Veranstaltungen sind gerade in vollem Gange, das Risiko haben wir

in Kauf genommen. (Für die Geeks unter Euch: Technische Basis ist Django, das Ganze läuft in mehreren Docker-Containern und wird über einen Nginx-Proxy dann von außen angesprochen.)

KONGRESSABLAUF

In OpenSlides gilt es die Redeliste zu führen, Projektoren zu steuern und Abstimmungen und Anträge bereitzustellen. Was noch fehlt, ist die Kommunikation zwischen den Mitgliedern, d.h. für Wortbeiträge auf dem Kongress. Da wir sowieso schon Microsoft Teams nutzen, haben wir uns für dieses Tool entschieden.

TEILNAHME

Alle Teilnehmer melden sich in OpenSlides an und bestätigen Ihre Anwesenheit. Wer etwas sagen möchte, setzt sich auf die Rednerliste zum Tagesordnungspunkt oder Antrag und wird dann per Videokonferenz aufgerufen. Auf einem virtuellen Projektor wird der aktuelle TO-Punkt oder Antrag mit entsprechender Rednerliste abgebildet, das Ganze in die Videokonferenz geteilt und davon dann ein Livestream erstellt.

AUSBLICK

In naher Zukunft wird man das Viko-Tool nicht mehr brauchen und alles direkt in OpenSlides machen können. Wir haben uns mit den Entwicklern in Verbindung gesetzt, um beispielsweise Feinheiten unserer Geschäftsordnung wie einer Pro- und Contra-Redeliste abbilden zu können. Seitens unserer FDP in Bayern besteht großes Interesse, das System auf analogen und virtuellen Veranstaltungen einzusetzen, wodurch wir auf eine zügige Weiterentwicklung für unsere Zwecke hoffen können.

FAZIT

Der technische und organisatorische Aufwand ist keinesfalls zu unterschätzen. Ohne die externe Unterstützung durch die OpenSlides-Profis wäre es nicht möglich gewesen. Aus technischer Sicht lief der Lako einwandfrei und sharing is caring! Wir sind gerne bereit, unsere Pionierarbeit mit Euch zu teilen.



MAX BRUDER (31) ist Beisitzer für Technik im Landesvorstand der Julis Bayern. Bei Fragen zum virtuellen Kongress und der Umsetzung erreicht ihr ihn unter max.bruder@julis-bayern.de

unter max.bruder@julis-bayern.de

TIKTOK UND POLITIK

TikTok ist eines der größten sozialen Netzwerke unserer Zeit. Täglich nutzen 150 Millionen – zum größten Teil junge Menschen – die Plattform, monatlich verzeichnet TikTok sogar 500 Millionen aktive Nutzer.

Für uns als Verband stellen sich folgenden Fragen: Eignet sich TikTok als Medium zur politischen Kommunikation? Sollen wir als Verband auf TikTok vertreten sein?

Matti und Pascal machen ihre Standpunkte in der Debattenarena deutlich.

MATTI KARSTEDT IST PRO



EINEN BOYKOTT WERDEN WIR BITTER BEREUEN



PASCAL SCHEJNOHA GIBT CONTRA



MEMES, CRINGE UND FUN – ABER KEINE POLITIK

Die Reichweiten, die einzelne JuLis in kürzester Zeit auf TikTok aufgebaut haben, können sich sehen lassen: Da werden mit nur fünf Beiträgen mal eben über 50.000 Likes generiert, oder auch mit einem Video locker 70.000 Views erreicht. Die sieben Likes für das letzte Facebook-Gruppenbild Deines Kreisverbands wirken dagegen dann schon irgendwie mickrig. Und das, obwohl der Vorsitzende sogar mit Herz-Emoji reagiert hat.

Eine Milliarde Nutzer weltweit, rund 5,5 Millionen allein in Deutschland: Mit kurzen und mehr oder weniger lustigen Videos ihrer User erreicht die Plattform TikTok aus China vor allem Jugendliche, die für Werbetreibende sehr gefragt sind. Warum also nicht auch politische Kommunikation über TikTok ausprobieren, um junge Menschen besser zu erreichen?

Natürlich dürfen wir für keine Reichweite der Welt verschweigen, dass TikTok der Kontrolle eines Regimes unterliegt, das Menschenrechte mit Füßen tritt. Doch was genau bessert sich für die Menschenrechte eigentlich, wenn Freiheitsultras wie wir nur noch selektiv für sie plädieren wollen? Gewähren wir ihren Feinden damit nicht sogar einen kommunikativen Wettbewerbsvorteil? Zumal viele der Argumente für den Boykott längst veraltet sind – der Markt hat geregelt, die Plattform wurde liberaler. Heute wird auf TikTok kein LGBT*-Content mehr zensiert, sondern tausenden Jugendlichen die Angst vorm Coming Out genommen. TikTok, das versichere ich euch aus eigener Erfahrung, ist schwuler als jede BuKo-Party. Selbiges gilt für Body Positivity und den Umgang mit körperlichen Behinderungen.

Jedes soziale Netzwerk spricht verschiedene Bedürfnisse ihrer Nutzer an. Bei Facebook darf es neben Bildern und Videos auch mal informativer sein, auf Instagram sind schicke Fotos und Stories gefragt. TikTok setzt vor allem auf kurzweilige und seichte Unterhaltung – zur Vermittlung politischer Inhalte ein eher ungünstiges Terrain. Die Cringe-Gefahr für unsere Auftritte ist hierbei besonders hoch. Oder wollen wir uns wirklich für ein bisschen Reichweite komplett zum Fall-Obst machen und im Zweifel nicht mehr ernstgenommen werden?

Wer heute Wahlkampf und politische Kommunikation ohne TikTok macht, der hätte das früher vermutlich auch ohne Privatfernsehen versucht. Nicht umsonst haben der saarländische Ministerpräsident, die NEOS, die *Tagesschau* oder auch das Bundesministerium für Gesundheit die Plattform längst in ihre Kommunikationsstrategien aufgenommen. Unser Verband hingegen feiert sich dafür, dass er keinen Dialog mit den 5,5 Millionen jungen Deutschen auf TikTok will. Der pensionierte Oberstudienrat, der einen JuLi-Gastbeitrag in der *WELT* liest, scheint uns wichtiger zu sein. Ich sage: Ein Jugendverband, der sich in hochtrabenden Statements dafür abfeiert, Massenmedien der deutschen Jugend zu boykottieren, der will keine Schulhöfe erreichen, sondern Parteitage-delegierte. Meinetwegen. Aber dann sollten wir konsequenterweise auch aufhören so zu tun, als wäre es uns ein Herzensanliegen, in die deutsche Jugend zu wirken. Die ist nämlich nachweisbar genau dort, wo wir offenbar gar nicht hinwollen. 👍

Im Herbst 2019 leakte die englische Tageszeitung *The Guardian*, dass TikTok politische Äußerungen zur Unabhängigkeit Tibets oder den Hong Kong Protesten in ihrer Reichweite einschränkt oder gänzlich zensiert. Das steht im kompletten Gegensatz zu dem, was wir JuLis vertreten und zuletzt in Stuttgart beim Dreikönigstreffen auch demonstriert haben.

Wenig später wurde bekannt, dass TikTok unter dem Deckmantel des Cyber-Mobbing-Schutzes Clips von queeren, übergewichtigen und behinderten Personen unabhängig vom Inhalt in ihrer Reichweite gedeckelt hat. Minderheiten auf diese Weise vor der großen Masse zu verstecken, gibt diesen Menschen nur noch mehr das Gefühl der Diskriminierung und spricht ihnen ab, ein akzeptiertes Mitglied der Gesellschaft zu sein.

Daher gibt es für mich in dieser Frage keinen Spielraum für Kompromisse. Das Plus an Reichweite darf es niemals wert sein, unsere liberale Grundhaltung ohne Weiteres über Bord zu werfen. Löschen wir TikTok stattdessen lieber von unseren Smartphones. 🗑️



UND JETZT BIST DU GEFRAGT!

Sag uns deine Meinung zum Thema TikTok.*

*online bis 31.7.2020



So viel Staat verträgt die Wirtschaft

– jetzt und in Zukunft

Die deutsche Wirtschaft steht vor einer Rezession. Um den Zusammenbruch unserer Wirtschaftsweise und unseres Wohlstandes zu verhindern, braucht es weitgehende Maßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Obwohl wir als Liberale staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft kritisch gegenüberstehen, sind sie in diesem Fall gerechtfertigt, weil die Märkte durch die notwendigen Einschränkungen im Sinne der öffentlichen Gesundheit leiden. Die Bundesregierung hat ein umfangreiches Maßnahmenpaket beschlossen, auch mit Zustimmung der FDP, das man aber durchaus auch kritisch beleuchten kann.

Grundsätzlich sind die Maßnahmen zur Unterstützung der Bedürftigen mit der Erhöhung des Kindergeldes, sowie die Geldmittel für kleine Unternehmen und Solo-Selbstständige begrüßenswert. Insbesondere das Kurzarbeitergeld hat sich als Rettung in der Wirtschafts- und

Finanzkrise von 2008 als sinnvolle Maßnahme bewährt. Dennoch muss noch sichergestellt sein, dass die Mittel für jeden, der Anspruch hat, auch unbürokratisch und möglichst digital ausgeschüttet werden können. Denn nicht nur sind die Anträge der Landesförderbanken kompliziert, sondern die Institutionen sind gegenwärtig mit der Antragsflut völlig überlastet.

Hier braucht es dringend Notfallkapazitäten. Ebenso müssen die Maßnahmen für den Mittelstand ausgeweitet werden, da Unternehmen mit mehr als zehn, aber weniger als 250 Mitarbeitern keinen Anspruch auf die Soforthilfen haben, sondern den mühsamen Weg über die KfW gehen müssen. Das muss sich ändern.

Ebenso darf die Krise nun nicht Tür und Tor für unverhältnismäßige staatliche Eingriffe öffnen. Unternehmensbeteiligungen des Staates, undifferenzierte Mietstundungen und Staatsverschuldung wären genau solche übermäßigen Eingriffe des Staates. Gerade in Krisenzeiten müssen wir als Liberale solchen sozialistischen Fantasien Einhalt gebieten. Die Aussetzung der Schuldenbremse kommt nur im absoluten Notfall in Frage, denn zuvor sollten alle Rücklagen im Bundeshaushalt aufgebraucht werden. In diesem Kontext ist es besonders skandalös, wie die GroKo an der Grundrente als teures Wahlgeschenk festhält. Das ist in dieser Krise völlig unangemessen und in keiner Weise generationengerecht. Langfristig müssen in der Haushaltspolitik

wieder die wesentlichen Dinge im Vordergrund stehen und nicht ein ewig expandierender Umverteilungsstaat.

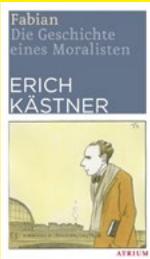
Ebenso darf der Blick nach Europa nicht fehlen. Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) gilt es zu achten, aber die Bundesregierung darf sich unter keinen Umständen an geldpolitischen Maßnahmen beteiligen, die zu einer Vergemeinschaftung der Haftungsrisiken und der Staatsverschuldung führen, wie die Einführung von Euro- oder „Coronabonds“. In diesem Zusammenhang müssen die erneuten Anleihenkäufe der EZB unbedingt kritisch betrachtet werden. Vielmehr muss die geldpolitische Zielsetzung der Europäischen Zentralbank grundlegend überdacht werden. In diesem Kontext sollte die Bundesrepublik Deutschland klar Stellung für eine stärkere Regulierung der EZB beziehen, denn letztlich bringt Corona nur die Blase zum Platzen, die die EZB seit Jahren aufgebläht hat. Um die Eurozone langfristig zu stärken, sollten wir als Liberale mutige Lösungen und Alternativen anbieten und die Öffnung der Märkte für einen Währungswettbewerb.



ALEXANDER KOBUSS (22) studiert Lehramt für Gymnasien mit den Fächern Geschichte sowie Sozialwissenschaften im Master. Er ist Leiter des Bundesarbeitskreises für Wirtschaft/Energie/Finanzen und Juli-Vertreter im Bundesfachausschuss Finanzen/Steuern/Haushalt. Ihr erreicht ihn unter kobuss@julius.de



BARBARA EGGERS (28) und **SANDRA DROSSEL-BÜCK (33)** rezensieren Bücher auf Instagram unter @lesetherapie. Ihr erreicht sie unter eggerts@julius.de oder sbueck@googlemail.com



Fabian

Erich Kästner

SDB Wir Liberalen machen unsere Hausaufgaben, wenn es um liberale Theoretiker geht. Ich glaube allerdings, dass wir genauso etwas über den Liberalismus durch Romane lernen können. Nämlich dann, wenn uns Autoren Figuren präsentieren, die uns praktische Diskussionsgrundlagen liefern. Erich

Kästner bietet in „Fabian - Die Geschichte eines Moralisten“ genau das: Fabian Jakob ist 32 Jahre alt, arbeitet als Reklamefachmann Ende der 1920er Jahre in Berlin - in den Wirren eines Landes, das sich zwischen den Extremen justiert.

„Fabian“ ist eine Satire, die der Gesellschaft den Spiegel vorhält. Es ist das Buch, das zur Bücherverbrennung Kästners führt. Kästner nutzt die Gattung der Satire, um schonungslos zu zeigen: Unabhängig davon, wie moralisch einwandfrei ein Mensch handelt, ist es unmöglich, in einer Welt der Unmoral zu überleben. Gleichzeitig ist es ein Weckruf an den moralischen Kompass in uns, der keine philosophischen Theoreme kennt, sondern einfach nur richtig und falsch einteilt.

Erich Kästner: Fabian - Die Geschichte eines Moralisten. Atrium Verlag, Hamburg 2017. 272 Seiten, 12 Euro.



Freiheit gehört nicht nur den Reichen

Lisa Herzog

BE Liberalismus klingt für viele im nach Gefühlskälte. Lisa Herzog überzeugt vom Gegenteil. Der klassische Liberalismus bietet brauchbare Lösungen für vergangene Probleme. Die Herausforderungen heute sind andere - ein moderner Liberalismus muss entsprechend Antworten liefern: Weiterhin Freiheit

vom Staat, gleichzeitig aber auch Freiheit durch den Staat. Denn das Pochen auf Eigenverantwortung ist reiner Zynismus, wenn man sich nicht gleichzeitig für gerechte Startbedingungen einsetzt.

Lisa Herzog bietet einen guten Einstieg in verschiedene Strömungen des Liberalismus und gibt am Rande zahlreiche Hinweise auf Grundlagenliteratur. Vor allem aber plädiert sie leidenschaftlich für freiheitliche Antworten auf neue Probleme und die Teilhabe jedes Einzelnen am demokratischen Prozess.

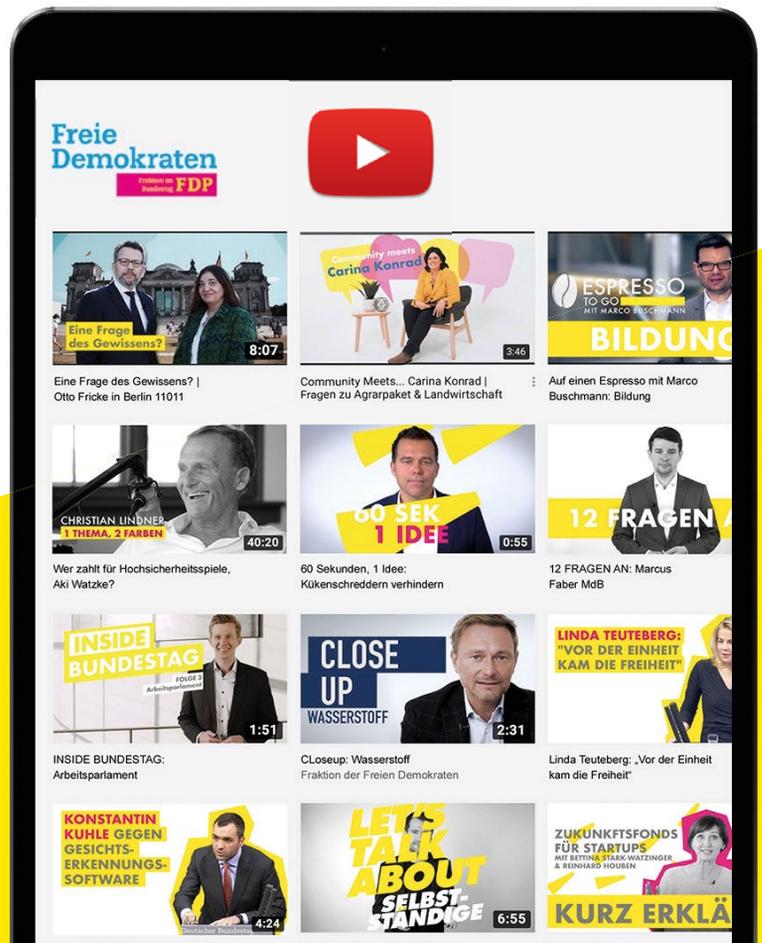
Mein Fazit: Wenn jemand in eurem Umfeld nicht versteht, was ein empathischer Mensch bei den Liberalen sucht - gebt ihm dieses Buch zu lesen und er wird es verstehen.

Lisa Herzog: Freiheit gehört nicht nur den Reichen - Plädoyer für einen zeitgemäßen Liberalismus. C. H. Beck, München 2018. 207 Seiten, 16,95 Euro.

Freiheit hat nicht nur ein Gesicht, Freiheit hat viele Gesichter.

Jetzt abonnieren:

youtube.com/fdpbt



Funktionsfähige Gerichte zählen zu den Grundpfeilern des geordneten gesellschaftlichen Lebens. Sie leisten eine rationale, auf fairen Interessenausgleich angelegte Streitentscheidung, welche anderenfalls durch Selbstjustiz und das „Recht“ des Stärkeren, also letztlich durch Gewalt erfolgen würde. Ein Stillstand der Rechtspflege ist deshalb für einen freiheitlichen Rechtsstaat kein tragbarer Zustand. Wie kann der Justizbetrieb auch in Zeiten von Pandemien wie Covid-19 aufrechterhalten werden?



Not kennt kein Gebot?

Über die Justiz im Ausnahmezustand

DIE JUSTIZ - BESONDERS ANFÄLLIG FÜR CORONA?

Ein ordentlicher Gerichtsprozess setzt in der Regel eine mündliche Verhandlung voraus, also die physische Präsenz aller Prozessbeteiligten vor Gericht. Beträgt die Zahl der Anwesenden im einfachsten Fall drei (ein Richter und je ein Parteivertreter), so ist in jedem Fall die grundsätzliche Öffentlichkeit des Verfahrens zu bedenken. Öffentlichkeit heißt Saalöffentlichkeit, es können also auch dutzende Personen Zugang zum Gerichtssaal fordern. Hinzu kommen oft Zeugen. Denn es gilt auch der Grundsatz der Unmittelbarkeit: Gerade um die Öffentlichkeit des Verfahrens nicht leer laufen zu lassen, muss sich der gesamte

Verfahrensinhalt aus der Hauptverhandlung und nicht nur aus Akten ergeben; Zeugen müssen in der Regel vernommen werden, auch wenn sie bereits an anderer Stelle ausgesagt oder sich schriftlich geäußert haben. Ein normaler Prozess kann also in Zeiten einer Pandemie nicht ohne enormes Sicherheitsrisiko durchgeführt werden.

Aber auch die Vertagung von Verfahren ist nicht ohne Weiteres möglich. Zumindest in strafrechtlichen Verfahren gilt die Konzentrationsmaxime: Die Hauptverhandlung soll möglichst am Stück, ohne größere Unterbrechungen zwischen den Verhandlungstagen durchgeführt werden, sonst platzt der Prozess und muss neu aufgerollt werden. Straftaten unterliegen auch der Verjährung. Schließlich dürfen einschneidende Maßnahmen vor einer Verurteilung, insbesondere die Untersuchungshaft, nicht einfach verlängert werden. Dauert die Untersuchungshaft unzumutbar lange an, wie es schon in Normalzeiten durch die personelle Überlastung der Justiz leider vorkommt, muss der Gefangene entlassen werden, auch wenn schwerste Vorwürfe im Raum stehen. Ähnlich dringend sind Verfahren bei einstweiligen Anordnungen nach dem Gewaltschutzgesetz (vor allem in Fällen häuslicher Gewalt und Stalking), bei der Unterbringung psychisch Erkrankter wegen akuter Fremd- oder Selbstgefährdung in einer Psychiatrie oder auch bei Maßnahmen gegen terroristische Gefährder.

GESUNDHEITSSCHUTZ UND FUNKTIONSFÄHIGKEIT DER JUSTIZ ANGEMESSEN ABWÄGEN

Die Justiz hat in der Covid-19-Pandemie sehr langsam reagiert, teils bestanden Richter auch auf angesetzte Termine, die ohne Weiteres aufschiebbar gewesen wären. Ein Grund dafür war, dass zurecht jeder Richter unabhängig ist und nicht Weisungen über den Gang von Verfahren befolgen muss. Damit soll eine politische Einflussnahme verhindert werden. Hier geht es allerdings nicht um die politisch erwünschte Absage einzelner Verhandlungen, sondern um eine generelle Absage ohne Ansehung der Einzelfälle. Dies muss möglich sein, wenn die Gerichtstätigkeit als solche nicht mehr gefahrenfrei gewährleistet werden



kann. Schon heute regelt § 245 ZPO den Fall, dass infolge eines Krieges oder eines anderen Ereignisses die Tätigkeit des Gerichts aufhört. Demnach wird für die Dauer dieses Zustandes das Verfahren unterbrochen. Eine Pandemie könnte man darunter fallen. Um künftig Rechtssicherheit zu schaffen und politische Willkür auszuschließen, sollte die Vorschrift ausdrücklich um Gesundheitsgefahren ergänzt und insofern auf die Einschätzung der medizinischen Institutionen verwiesen werden. Nur in diesem engen Rahmen sollte auch eine längere Unterbrechung der Hauptverhandlung ausnahmsweise möglich sein.

Was unaufschiebbare Verhandlungen anbelangt, muss die Justiz ausreichende Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen: Desinfektions- und Schutzrüstungen, Räume mit ausreichendem Sicherheitsabstand für alle Beteiligten und die Zuschauer. Auch in einer Krise müssen die Kernaufgaben der Justiz erforderlichenfalls ohne rechtsstaatliche Defizite durchgeführt werden.

MODERNISIERUNG AUCH JENSEITS VON KRISEN

Die Justiz gehört selten zu den Vorkämpfern des technischen Fortschritts. Die Krise sollte hier als Anlass dienen, dringende Digitalisierungsmaßnahmen voranzutreiben. Die Aktenführung muss (auch) digital erfolgen, die elektronischen Anwalts- und Gerichtspostfächer müssen stets funktionsfähig sein und die eAkte auch dazu genutzt werden, den Schriftverkehr beispielsweise durch spezielle Eingabemasken und Formulare zu standardisieren. Durch Dienstgeräte oder technische Einstellungen auf Heimgeräten sollte auch ein voll funktionsfähiges Home Office für Richter, Staatsanwälte und Anwälte ermöglicht werden. Die im Zivilprozess sinnvolle Möglichkeit, dass Parteivertreter durch Bild-Ton-Übertragung zugeschaltet werden, sollte flächendeckend technisch realisiert und dann auch häufiger genutzt werden. Allzu oft erschöpft sich ein Verhandlungstermin vor einem Zivilgericht in einer reinen Formalität von wenigen Minuten Dauer. Hier bestehen immense Einsparpotenziale was Zeit und Geld (vor allem Fahrzeit und Fahrtkosten) angeht. Mit Blick auf die sehr reale Gefahr (siehe jüngst den Angriff auf das Kammergericht Berlin) von technischen Problemen, aber auch von organisierten, großflächigen Hackerangriffen oder gar eines Cyberkrieges, sollte auch umgekehrt für den Fall des Zusammenbruchs der digitalen Infrastruktur weiterhin die Möglichkeit herkömmlicher Kommunikation bestehen. Ausweichoptionen in beide Richtungen stärken die Justiz in jeder Krise.

REFORMEN MIT AUSSENMASS

Krisen werden gerne dazu benutzt, um in ihrem Windschatten fragwürdige Maßnahmen durchzusetzen. Hier sind gerade Liberale gefragt, damit die Covid-19-Pandemie nicht zum Vorwand für den weiteren Ausbau des Überwachungsstaates oder das Schleifen rechtsstaatlicher Verfahrensstandards wird. Die Öffentlichkeit von Gerichtsverfahren darf daher nicht zur Disposition stehen; sie ist von Liberalen im 19. Jahrhundert erkämpft worden in der Auseinandersetzung mit der regierungsnahen Geheimjustiz und gewährleistet öffentliche Kontrolle. Die Mündlichkeit des Verfahrens und die Unmittelbarkeit desselben garantiert, dass jeder Bürger – besonders der Angeklagte im Strafverfahren – auch wirklich angehört und angesehen wird und die Entscheidungsfindung nachvollziehbar für die Öffentlichkeit erfolgt. Die immer weitere Aufweichung der Konzentrationsmaxime durch stetige Ausweitung der Unterbrechungsmöglichkeiten darf nicht erneut dauerhaft fortgesetzt werden.

Schließlich muss sichergestellt werden, dass der technische Fortschritt nicht nur zulasten der Beschuldigten in Form ausufernder Ermittlungsbefugnisse wirkt. Es braucht endlich die standardmäßige Aufzeichnung von Zeugen- und Beschuldigtenvernehmungen auf Video im Ermittlungsverfahren. Und die Hauptverhandlung muss auch standardmäßig (bei begrenzten Ressourcen zunächst wenigstens bei Verfahren wegen schwerer Straftaten) audiovisuell aufgezeichnet werden. Soweit dies nicht in Betracht kommt, ist jedenfalls ein Wortprotokoll zu führen. Denn momentan schreibt der Strafrichter seine Urteilsbegründung, nachdem er sein Urteil verkündet hat – aus der Erinnerung, welche kognitiven Verzerrungen unterliegt. Das Revisionsgericht wiederum kann sich allein auf die Urteilsbegründung des angefochtenen Urteils und der dortigen Schilderung von Zeugenaussagen und anderen Beweismitteln stützen. Hier braucht es laute und mutige Liberale. Denn der Rechtsstaat ist nicht der verlängerte Arm der Sicherheitsorgane, sondern lebt von einer fairen Balance der Interessen aller Beteiligten. Auch in Krisenzeiten darf nicht Willkür herrschen, sondern das Recht.



MARC BAUER (25) ist Jurist und Mitglied des Bundesvorstandes. Ihr erreicht ihn per Mail unter marc.bauer@julius.de





Darf's noch a bisserl Staat sein?

Size matters. Auch in der Krise.

Corona zeigt uns, da sind sich insbesondere linke Kommentatoren einig, dass ein Staat auf gar keinen Fall schlank sein darf. Denn ein schlanker Staat, so die bestechende Logik, kann in Krisen auch nur schlank helfen. Ein großer Staat hingegen kann groß helfen. Klar. Und ein Zitronenfalter faltet Zitronen.

Jeder von uns durfte in den vergangenen Tagen und Wochen regelmäßig in den unterschiedlichsten Medien lesen, dass uns die aktuelle Krise das Versagen des Kapitalismus vor Augen führt. Und da sich die klugen Köpfe aus Politik, Kunst und Gesellschaft in der Regel auf den Status Quo in unserem Land beziehen, ist hier mit „Kapitalismus“ wohl die soziale Marktwirtschaft gemeint. Krankenhäuser wären demnach deutlich besser aufgestellt, hätten die bösen Neoliberalen nicht die Knechtschaft der Profitorientierung eingeführt. Und überhaupt, das mit den Privatisierungen stelle sich jetzt als großer Fehler heraus.

Dabei dürfte schon ein flüchtiger Blick nach Italien die Erkenntnis zutage fördern, dass auch ein staatliches, steuerfinanziertes Gesundheitswesen im Angesicht einer globalen

Pandemie schnell an seine Leistungsgrenzen kommt. Und dass deutsche Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft wesentlich besser auf die Coronakrise vorbereitet gewesen sein sollen als die privaten, das darf doch zurecht bezweifelt werden. Nüchterne Erkenntnisse spielen in diesen Debatten aber leider immer seltener eine Rolle. Dabei könnten sie helfen, die existierenden Dramatisierungen zu erschweren und revolutionäre Narrative kaputt zu machen.

SOUNDS GOOD, DOESN'T WORK.

Es entsteht der Eindruck, den Akteuren ginge es gar nicht darum, konkrete Verbesserungen in einem bestimmten Bereich anzustoßen, sondern eher darum, immer wieder verklärte Systemkritik in den Raum zu werfen. Irgendwas wird schon hängen bleiben. Da ist das kurzzeitig leere Nudelregal ein genauso willkommener Aufhänger wie die vermeintlich überbeuerte Behelfsmaske. So soll auch dem letzten Liberalen klar gemacht werden: Die Wirtschaft versagt, das Individuum versagt, jetzt muss endlich der starke Staat ran!

Dabei wird völlig verkannt, dass auch der Staat fehlbar ist. Denn selbst wenn der Markt

ein Problem vermeintlich nur unbefriedigend löst, heißt das noch lange nicht, dass der Staat es automatisch gleich gut oder besser kann. Insbesondere in der Wirtschaftspolitik sollte klar sein, dass jede zentral von oben gesteuerte Maßnahme immer mit einem Informationsdefizit einhergeht und allenfalls wirkungsverzögert greifen kann.

Es ist im Übrigen auch nicht ein Mehr an Staat, das gerade den Bürgerinnen und Bürgern die wirtschaftliche Existenz sichert, sondern ausgerechnet ein Weniger. Wenn bürokratische Pflichten erlassen und Steuerschulden gestundet werden, dann macht der Staat damit kein Geschenk – er verlangt und nimmt nur eben etwas weniger und später, als er es normalerweise tun würde. Und das auch nur als Gegenleistung für den ultimativen staatlichen Eingriff, der für viele Menschen einem temporären Berufsverbot gleichkommt. Das in diesem Zusammenhang ausgezahlte Kurzarbeitergeld ist dementsprechend auch keine milde Wohltat, sondern eine notwendige Entschädigung für notwendige staatliche Maßnahmen.

EIN SCHLANKER STAAT BEDEUTET NICHT ANARCHIE

Als Junge Liberale sind wir entgegen mancher Stereotype alles andere als eine libertäre Organisation. Unsere Beschlusslage sieht keinen Nullstaat vor, den Katastrophenschutz wollen wir nicht privatisieren und die zum Schutz der Bevölkerung getroffenen Maßnahmen lehnen wir auch nicht pauschal ab. Das heißt aber nicht, dass wir nicht auch in der Krise für einen möglichst schlanken Staat eintreten können und sollen. Ein schlanker Staat ist schließlich kein Staat, der sich in allen Fragen einen schlanken Fuß macht – sondern ein Staat, der in seinen Kernaufgaben stark ist und den Rest einfach denen überlässt, die es besser können.

Werden wir also nicht müde zu betonen, dass diese Krise kein geeigneter Anlass ist, um die seit jeher gescheiterten Alternativmodelle zur sozialen Marktwirtschaft auszuprobieren. Unsere Freiheiten, unser Wohlstand, unsere Innovationskraft und unsere offene Gesellschaft sind es nicht wert, so leichtfertig zu riskieren.



MATTI KARSTEDT (23) ist Landesvorsitzender der JuLis Brandenburg und studiert Rechtswissenschaft an

der Universität Potsdam. Du erreichst ihn unter matti@julis-brandenburg.de

Wahlkampf mit Hindernissen

Ein Erfahrungsbericht



Sturm Sabine, Thüringen-Fiasko und Corona – es kommt meistens dann doch anders, als man denkt. Gerade im Wahlkampf. Aber ein guter Plan lässt zu, flexibel auf ungeplante Ereignisse zu reagieren. Aber fangen wir von vorne an: Die Kommunalwahl in Bayern fand am 15. März 2020 statt. Ein Datum, auf das wir monatelang hingearbeitet haben und trotzdem nichts planen konnten.

Anfang des Jahres wütete Sturm *Sabine*, der einen Teil unserer Wahlplakate in Bäume, auf Straßen und Flüsse katapultierte. Der zweite Sturm des Jahres ließ nicht lange auf sich warten – die Wahl des thüringischen Ministerpräsidenten. Auch hier waren zerstörte Plakate die Folge, aber auch Demonstrationen vor unseren Geschäftsstellen und viel Erklärungsnot an unseren Infoständen. Auch wenn wir uns in München sofort von den Geschehnissen distanziert haben, gab es viel Kritik.

Zwei Wochen vor der Wahl traten dann die ersten Corona-Fälle in Deutschland auf. Bis kurz vorher haben wir weiter Straßenwahlkampf gemacht. Danach haben wir zusammen, die JuLis München und die FDP, beschlossen,

nur noch auf Online-Wahlkampf zu setzen. Vor allem in dieser heißen Phase sind uns diese Maßnahmen sehr schmerzlich gefallen, da wir für die letzten Tage noch einige coole Aktionen vorbereitet hatten. Zudem waren andere Parteien immer noch draußen auf Stimmenfang.

Trotzdem wären wir nicht die JuLis, wenn wir nicht optimistisch an die Sache rangegangen wären. Das restliche Wahlkampfbudget haben wir spontan in Online-Budget umgewandelt. Mit einem Werbespot auf YouTube, verschiedene Kacheln zu unterschiedlichen Forderungen auf Facebook und Instagram sowie Onlinekampagnen mit Google Ads konnten wir zumindest online noch viele Wähler erreichen. Außerdem haben wir auch auf Ask-me-anythings bei Instagram und Jodel gesetzt. Als Kandidatin habe ich zusätzlich viel Reichweite über LinkedIn gewinnen können und kann das Netzwerk für den Wahlkampf nur weiterempfehlen. Zwar nicht für plumpe Wahlaufrufe, aber für die Vorstellung unserer Forderungen.

Das Ergebnis war trotzdem sehr enttäuschend. Als Spitzenkandidatin der JuLis München konnte ich zwar einen Platz gut machen (ja, ein kompliziertes Wahlsystem in Bayern), doch es hat bei 3,5 Prozent für die FDP bei

mir nur für den undankbaren Platz des ersten Nachrückers gereicht. Gelernt habe ich trotzdem viel. Was bei uns besonders gut ging: Ohrstöpsel und Flyer vor der Uni-Bib verteilen, Rosen am Valentins- und Weltfrauentag verschenken (zugegeben: der Klassiker) und unterschiedliche Aktionen passend zu unseren Forderungen: Mit Einhörnern haben wir auf unsere Forderungen für besseres Gründertum hingewiesen und mit Osterhasen vor Weihnachten auf unsere Ideen für die Zukunft.

Der Wahlkampf hat gut gezeigt, es ist gut einen Plan zu haben. Aber trotzdem muss man flexibel genug sein, um zu improvisieren.



JENNIFER KAISER (29) ist stellvertretende Stadtvorsitzende der JuLis München für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Auf Listenplatz 5 startete sie bei der Stadtratswahl in München an. Jenni erreicht ihr unter jennifer.kaiser@julis-muenchen.de

Politik in der Krise

Die Stunde der Wissenschaft?

Krisen haben ihre ganz eigene Logik. Sie verändern die Entscheidungsprozesse im Staat, die zeitlich verkürzt und formal vereinfacht durchgeführt werden. Die übliche Rollenverteilung zwischen Parlament und Regierung verändert sich: Die Entscheidungsbefugnisse verlagern sich traditionell von der Legislative hin zur Exekutive und es kommt zu einer Zentralisierung der Zuständigkeiten. Plötzlich werden Maßnahmen erlaubt und durchgeführt, an die in „normalen“ Zeiten nicht einmal gedacht werden dürfte. Während die öffentliche Diskussion diese Entwicklungen lebhaft begleitet, möchte ich einen anderen Aspekt beleuchten: Die Bedeutung von Empirie und Evidenz in der politischen Entscheidungsfindung.

UNGEWOHNTES SCHEINWERFERLICHT

Seitdem die Covid-19-Pandemie in den Fokus der Berichterstattung gerückt ist, halten auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verstärkt Einzug in die Öffentlichkeit: Die Pressekonferenzen des Robert-Koch-Instituts oder der Podcast des Virologen Prof. Christian Drosten werden jenseits der Fachkreise wahrgenommen, medizinische Details medial erörtert und von der Bevölkerung wissensdurstig konsumiert. Auch die Auftritte führender Politikerinnen und Politiker sind von wissenschaftlichen Bezugnahmen geprägt und heben sich deutlich von den gewohnten und oftmals parteipolitisch gefärbten Statements ab. Gerade die betont sachlichen Auftritte der Bundeskanzlerin bilden hier das Paradebeispiel. Der Kontrast zu der selbstbewusst zur Schau gestellten Ahnungslosigkeit des US-Präsidenten fällt dabei nicht nur dem geschulten Blick ins Auge.

DIE WISSENSCHAFT IN DER WISSENSGESELLSCHAFT

Unsere moderne Gesellschaft ist von einer stetig zunehmenden Komplexität geprägt, welche die Grundlage für eine historisch beispiellose Lebensqualität und großen Wohlstand bildet. In der vor allem auf geistigen Leistungen basierenden Wissensgesellschaft hat die Wissenschaft ihren festen Platz und ihre Erkenntnisse müssen Grundlage politischer Entscheidungen sein. Den krisenbedingten Bedeutungszuwachs sollten wir dementsprechend begrüßen, zur Krisenbewältigung ist er gar unvermeidlich.

Debatten über eine Maskenpflicht im öffentlichen Raum oder eine

zeitlich begrenzte Impfpflicht für Influenza sollten evidenzbasiert geführt werden; sie taugen offensichtlich nicht für taktische Manöver oder Parteipolitik. Aber auch über die Krise hinaus wäre es wünschenswert, Entscheidungssträgerinnen und -träger setzen stärker auf wissenschaftliche (Er)Kenntnisse. Beispielhaft wird die Forschungs- und Innovationskraft im Gesundheits-, aber auch im Landwirtschaftssektor, massiv durch irrationale Ängste behindert – sei es vor „Genen“ oder vermeintlich unnatürlichen Stoffen (für die inzwischen der Begriff „Chemophobie“ geprägt wurde).

Konträr zu allen Erkenntnissen der Kriminologie läuft auch die populistische Forderung nach immer härteren Strafen, gerade bei Jugendlichen, wodurch die Resozialisierung in den Hintergrund gerät und Rückfallquoten steigen. Forderungen nach Schutzzöllen und anderen protektionistischen Maßnahmen zum Schutz bestimmter heimischer Industrien ignorieren die Erkenntnis, dass Freihandel gemäß Ricardos Theorie der komparativen Kostenvorteile den Wohlstand beider Partnerstaaten erhöht. Gebiete, auf denen mehr Wissenschaft nützt, gibt es viele.

Konträr zu allen Erkenntnissen der Kriminologie läuft auch die populistische Forderung nach immer härteren Strafen, gerade bei Jugendlichen, wodurch die Resozialisierung in den Hintergrund gerät und Rückfallquoten steigen. Forderungen nach Schutzzöllen und anderen protektionistischen Maßnahmen zum Schutz bestimmter heimischer Industrien ignorieren die Erkenntnis, dass Freihandel gemäß Ricardos Theorie der komparativen Kostenvorteile den Wohlstand beider Partnerstaaten erhöht. Gebiete, auf denen mehr Wissenschaft nützt, gibt es viele.

WISSEN UND WERTEN

Zur sinnvollen Einbindung der Wissenschaft in politische Entscheidungen gehört auch die Kenntnis ihrer Grenzen. Politik braucht eine verlässliche tatsächliche Grundlage. Dennoch kann die Wissenschaft den Akt der Wertung – also die Abwägung von gegenläufigen Interessen und Werten – nicht ersetzen. Das folgt schon daraus, dass es „die eine“ Wissenschaft gar nicht gibt, sondern verschiedene Disziplinen unterschiedliche Blickwinkel einnehmen und diese Vielfalt von Erkenntnissen ein-geordnet und zu einem Ganzen zusammengefügt werden muss. Eine Virologin blickt auf die Folgen von Ausgangsbeschränkungen anders als

Prof. Dr. Christian Drosten. Foto: Peitz, Charité



ein Psychologe. Deswegen ist es wichtig, dass wissenschaftliche Empfehlungen möglichst auch in interdisziplinären Gremien erörtert werden und ein reger Austausch zwischen Fachleuten stattfindet.

In einer politischen Betrachtung müssen umfassend individuelle und gesellschaftliche Interessen beleuchtet werden. Die Abwägung erfolgt in einem Rahmen, der durch die Verfassungs- und Werteordnung gesetzt wird. Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte haben einen Eigenwert, der nicht – auch nicht in Krisen – mit dem Hinweis darauf ignoriert werden kann, dass diese Prinzipien unserer Verfassungsordnung einer im empirischen Sinne effizienten Staatstätigkeit entgegenstünden.

So wäre es für manche verlockend, würde der Staat genau vorschreiben, in welcher Reihenfolge Patientinnen und Patienten behandelt werden müssen, wer im Konfliktfall das Beatmungsgerät erhält und wer nicht. Um kostbare Zeit zu sparen, könnte die Einzelfallprüfung des Behandlungserfolges durch eine Altersgrenze entfallen, ab der nicht mehr behandelt wird. Das wäre zwar effizient, aber nicht Ausdruck einer Geisteshaltung, die sich mit besonderem Nachdruck auf den Standpunkt stellt, dass menschliches Leben keine Verfügungsmasse für staatliches Handeln ist. Genauso wenig hält sich hier das Argument, dies sei noch so evidenzbasiert. Die Frage des Umgangs mit einem Massenansturm von Verletzten bzw. der Verteilung knapper medizinischer Ressourcen (sog. Triage) müssen deshalb die behandelnden Ärztinnen und Ärzte nach ihrem Gewissen beantworten.

Gerade im Gesundheitsbereich würde ein blindes Abstellen auf evidente Gefahren schnell in eine bevormundende autoritäre Politik um-

schlagen. Alkohol, Tabak, Zucker, Fleisch, laute Musik, Solarien: Die Liste von Produkten und Aktivitäten, die um des (Selbst-)Schutzes willen besteuert, reguliert oder ganz verboten werden müssten, lässt sich ewig fortführen. Hier ist es vor allem der Gedanke der Eigenverantwortung, der wertend zu berücksichtigen ist. Über die Grenzen selbstschädigenden Verhaltens muss der Gesetzgeber entscheiden, nicht die Gesundheitsexpertinnen und -experten.

OFFENER DISKURS

Trifft eine „Verwissenschaftlichung“ von Entscheidungen mit der krisentypischen Machtkonzentration bei der Exekutive zusammen, scheint der Weg zu einer „Expertenherrschaft“ geebnet. Beschreiten sollten wir ihn nicht. Betrachten wir die große Bedeutung, die persönliche Bindungen, Gewohnheit, das Design einer Kampagne oder die Eingängigkeit von Slogans auf Wahlentscheidungen haben, könnten manche versucht sein, demokratische Entscheidungsprozesse zugunsten „rein sachlich“ entscheidender Gremien zurückzudrängen. Verlieren würden wir auf diesem Wege aber die Diskussion, die Meinungsvielfalt und die offene Entscheidung zwischen Alternativen. „Die Wissenschaft sagt“ wäre dann absolutes Totschlagargument. Politik würde nicht durch Wissenschaft in ihrer Entscheidungsfindung

evaluiert, sondern umgekehrt politische Wertungen mit dem Mantel der Objektivität verhüllen und durch wissenschaftlichen Anschein jeder öffentlichen Debatte entziehen. Am Ende wäre Wissenschaft dann nur noch eine PR-Aktion, welche feststellen soll, was vorher als politisch wünschenswert deklariert wurde.

Autoritätsgläubigkeit aber ist dem Wesen der Wissenschaft fremd; sie beruht vielmehr auf der prinzipiellen Unabgeschlossenheit jeglicher wissenschaftlichen Erkenntnis. Deswegen ist Wissenschaftsfreiheit essenziell. Politischer Einflussnahme, zum Beispiel bei den vom Regime der Volksrepublik China gelenkten Konfuzius-Instituten, ist entschieden entgegenzutreten. Gerade wenn der Einschätzung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bei der Bewertung von staatlichen Maßnahmen eine besondere Bedeutung zukommt, muss die Unabhängigkeit sichergestellt sein. Das Robert-Koch-Institut, bisher trotz seines Namens eine weisungsgebundene Bundesoberbehörde, sollte fachlich unabhängig werden und die Leitung nach dem Vorbild der Bundesbank vor politischer Einflussnahme geschützt werden.

Mehr Wissenschaft wagen, ohne den offenen Diskurs einzuschränken: Das sollte eine der entscheidenden Lektionen sein, die wir aus der Krise ziehen!



TABEA GANDELHEIDT (22) ist Bundesvorsitzende der Liberalen Hochschulgruppen und Leiterin des Bundesarbeitskreises Gesundheit und Innovation der Jungen Liberalen. Ihr erreicht sie unter gandelheidt@julius.de

GLOBALIZE IT!

COVID-19

Die Globalisierung ist schuld an der schnellen Verbreitung des Coronavirus. Aber kann sie auch dessen Lösung sein?

Anfang 2020 ist die Welt so klein wie nie zuvor. Es ist für uns ein Leichtes, im Handumdrehen unsere Freunde am anderen Ende der Welt zu kontaktieren, Kleidung aus den USA oder Elektronik aus Asien zu bestellen. Nie war Reisen so günstig, Postversand so schnell und Kommunikation so unkompliziert. Handelsabkommen, offene Grenzen und der fast uneingeschränkte Verkehr von Kapital machen all das möglich. Wir und die Generation unserer Eltern haben so sehr davon profitiert wie kaum jemand anderes.

Wie das Virus nach Europa kam

Ihren ideologischen Ursprung haben Freihandel und Globalisierung in der Gegenbewegung zum Merkantilismus des 15. Jahrhunderts. Adam Smith hat mit seiner Schrift „The Wealth of Nations“ begründet, warum freier Handel und Arbeitsteilung der Schlüssel für die Wohlfahrtsmehrung aller ist. Als Ergebnis dessen ist die Welt etwa 240 Jahre später so vernetzt wie nie. Der Flugverkehr zwischen China und dem afrikanischen Kontinent hat sich alleine in den letzten zehn Jahre versiebenfacht und der Warenverkehr zwischen der EU und China entspricht der gesamten Wirtschaftsleistung von Ländern in der Größenordnung von Taiwan, Polen oder Schweden. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts schrieb Charles Taze Russell: „The civilized people are no longer strangers in any part of the earth. [...] Magnificent railway coaches introduce them to the interior

lands, and they return home laden with information, and with new ideas, and awakened to new projects and enterprises.“

Russell sollte Recht behalten. Nur, dass wir in diesem Fall keine neuen Ideen, Projekte oder Informationen heimgebracht haben, sondern einen Virus. Ein Virus, das sich blitzschnell verbreitet und die Welt im März und April dieses Jahres fast zum Stillstand bringt. Aktienmärkte brechen zusammen, Unternehmen in jedem Winkel der Erde müssen mit der Insolvenz ringen und die Gesundheitsinfrastruktur steht in vielen Teilen der Welt vor dem Kollaps. Seit Bekanntwerden des ersten Falls im Dezember letzten Jahres aus der chinesischen Provinz Hubei beschäftigt man sich daher folgerichtig mit der Frage, wie sich das Virus so schnell über den ganzen Globus ausbreiten konnte. Und die Antwort ist gleichermaßen einfach und herausfordernd für überzeugte Liberale wie uns: die Globalisierung ist schuld!

Wie viel Alleingang ist nötig?

Während wir jedoch im föderalistischen Deutschland verzweifelt nach einer Lösung für die Bewältigung des Virus suchen, reiben sich Autokraten wie Trump, Orbán oder Duda indes die Hände. Auch sie haben in der Zwischenzeit erkannt, dass sich die Krise hervorragend dafür eignet, ihre politische Agenda voranzutreiben und ihre Macht auszuweiten. Ihr so gern verwendetes Narrativ von Sicherheit und Souveränität durch geschlossene Grenzen scheint im Kampf gegen das Virus ein wirksames Mittel zu sein, um selbiges effizient einzudämmen und stark exponentielles Wachstum

zu verhindern. Dabei agieren sie im Affekt, hebeln demokratische Prozesse aus und regieren per Dekret. Sie machen COVID-19 zu einem nationalen Problem, obwohl es nie ein nationales Problem war.

Was alle drei von ihnen aber entweder übersehen oder nicht sehen wollen, ist die Tatsache, dass sich globale Probleme am besten auch global lösen lassen. Zumal die Ausbreitung des Virus häufig eher ein regionales als ein nationales Phänomen ist und nationale Grenzsicherungen das Problem dementsprechend nicht lösen können. Was das Schließen von Grenzen für die Europäische Union aber bedeutet, lässt die Situation in der deutschen Landwirtschaft bereits vermuten. Osteuropäische Gastarbeiter, die sonst beispielsweise in der Spargelernte tätig waren, dürfen entweder nicht aus ihrem Land aus- oder nach Deutschland einreisen. Agrarministerin Julia Klöckner (CDU) steht damit vor einer schier unlösbaren Aufgabe, was seinen Ausdruck insbesondere in der Lächerlichkeit der von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen findet. Auch Lieferketten und Transportwege werden darüber hinaus verlangsamt oder blockiert. Das schadet der deutschen Exportwirtschaft, vor allem aber auch dem Zusammenhalt in der Europäischen Union.

Der israelische Historiker und Bestsellerautor, Yuval Noah Harari, schrieb jüngst in der Financial Times: „The [...] important choice we confront is between nationalist isolation and global solidarity. Both the epidemic itself and the resulting economic crisis are global problems. They can be solved effectively only by global co-operation.“ Das hört sich zunächst trivial an, scheint aber in der heutigen Zeit

trotzdem eine Erwähnung wert zu sein. In den letzten Wochen wird ganz selbstverständlich über die Einschränkung von Bürgerrechten, das Schließen von Grenzen oder protektionistische Handelsmaßnahmen gesprochen. Umso wichtiger ist es, dass wir uns entschieden dagegenstellen und uns für unsere Freiheit und die Freiheit der Europäer einsetzen. Noch ist die Frage nämlich unbeantwortet, ob Autokratie und Nationalismus nach der Krise in Europa ihren zweiten Frühling erleben werden, oder sich die beschlossenen Maßnahmen umkehren lassen. Interessant ist das vor allem mit Blick auf die anstehenden Wahlen in Polen und den USA. Trump und Duda können jetzt ihre Fähigkeit als starke Führungspersonen unter Beweis stellen. Die Kameras und Mikrofone sind ohnehin pausenlos auf sie gerichtet – lasst die Spiele beginnen.

Let's globalize it!

Welche Implikationen die gesamte Krise für den Föderalismus in Deutschland und die Subsidiarität in der Europäischen Union hat, bleibt jedoch abzuwarten. Sicher ist aber, dass in solchen Ausnahmezuständen zentralistische Entscheidungskompetenzen gefragt sind, die auch jenseits des Hohen Hauses in Berlin liegen müssen. Kompetenzen zu bündeln heißt nämlich nicht, automatisch Souveränität abzugeben. Kaum jemand ist auf so einen Fall vorbereitet gewesen. Umso mehr muss es deshalb jetzt unsere Aufgabe sein, jene Institutionen und Strukturen zu stärken, die uns in der Zukunft erlauben, schlagkräftig und entscheidungsfreudig zu handeln. Die globale Arbeitsteilung wird sich nicht umkehren lassen. Vielmehr geht es darum, die Verbindungen zu anderen Ländern und Weltregionen als Chance und nicht als Gefahr zu begreifen. Zur Wahrheit gehört nämlich auch, dass eine globalisierte und vernetzte Welt nicht nur langfristig für Wohlstand, sondern in gleichem Maße für Frieden sorgt.

Vielleicht wird uns ein solcher Ausbau supranationaler Zusammenarbeit sogar für kommende Krisen und andere Herausforderungen unserer Zeit wappnen. Denn einer Sache können wir uns sicher sein: Wenn die Corona-Krise überstanden ist, werden andere Bedrohungen vor unserer Tür stehen, die uns ein noch viel größeres Maß an Zusammenarbeit abverlangen.



MICHEL NENTWIG (23) macht ein duales Studium bei einer britischen Bank und ist Bezirksvorsitzender der Jungen Liberalen Westfalen-Süd. Zudem leitet er das Freihandelsprogramm unserer internationalen Dachorganisation IFLRY. Ihr erreicht ihn unter nentwig@julius.de.

Arbeite mit im Internationalen Komitee!

Das Internationale Komitee und ich beschäftigen uns mit den Regionen Westeuropa, Osteuropa, Naher Osten/Nordafrika, Asien, Nordamerika, Südamerika und Subsahara-Afrika.

Zusammen mit einem/r Gruppenleiter/in bearbeitet jede Gruppe eine dieser Regionen und setzt verschiedene Projekte um. Dabei sind den Gruppen in der Kreativität keine Grenzen gesetzt: Von Social Media Arbeit zu der Region, Protestaktionen, Austausch mit der Friedrich-Naumann-Stiftung und lokalen liberalen Partnern aus der Region, gemeinsamen Trainings über digitale Treffen und Anträge ist alles dabei.

Wir haben, zum Beispiel, schon einmal vor der chinesischen Botschaft gegen die Einschränkungen Chinas in Hongkong demonstriert, ein Training in Rabat durchgeführt, in Athen einen Austausch mit den Young Liberals Greece gemacht und digital mit den Young Democrats of America zu den Präsidentschaftswahlen diskutiert.

Wenn Du Dich für eine oder mehrere der Regionen interessierst, kannst Du Dich gern bei der oder dem Leiter/in der Region melden. Du musst dabei keine besonderen Kenntnisse aufweisen. Insbesondere in den Gruppen zu Südamerika, Westeuropa, Subsahara-Afrika und Naher Osten suchen wir noch aktive Mitglieder, die Zeit und Lust haben, sich einzubringen.

Deine Alice Schmidt



Westeuropa
Julius Graack
graack@julius.de



Nordamerika
Svenja Dörflinger
svenja.doerflinger@gmx.de



Osteuropa
Lennart Jürgensen
LennartJuergensen@gmx.net



Naher Osten / Nordafrika
Julian Barati
julian.barati@scienceapa.fr



Südamerika
Philipp Berner
berner@julius.de



Asien
Leonard Scharf
leonard.scharf@mailbox.org



Subsahara-Afrika
Jannik Reisberg
jannik.reisberg@rwth-aachen.de



Solltest Du grundsätzliche Fragen oder Anregungen zur internationalen Arbeit haben, schreib gerne eine E-Mail an ALICE.SCHMIDT@JULIUS.DE. Ich freue mich auf den Kontakt!

Toilettenpapier, Pasta & Co

Lieferketten und Warenverkehr in Zeiten der Corona-Krise



Im Jahr 2019 trieb Deutschland laut Statistischem Bundesamt mit 239 Nationen Handel. Als Exportnation beruht unser wirtschaftlicher Erfolg darauf. Trotzdem haben wir uns in der Vergangenheit wenig Gedanken gemacht, wie die Waren in unser Land kommen. Das hat sich durch die Corona-Krise schlagartig geändert. Sogar so sehr, dass wir Angst haben kein Toilettenpapier mehr zu bekommen.

Der Warenverkehr hat besonders im letzten Jahrhundert stark zugenommen. Zwischen 1960 und 2008 hat sich der reale Wert der exportierten Waren um das 15,6-fache erhöht. Hierbei handelt es sich um alle Arten von Erzeugnissen: Bauteile für Maschinen, chemische Produkte, Lebens- und Futtermittel, Metalle für die Industrie – die Liste ist endlos. Ohne diese Güter würde unser wirtschaftliches Leben schnell zum Erliegen kommen. Dafür braucht es nicht viel. Beispielsweise besteht inzwischen ein Auto aus rund 10.000 Einzelteilen, die zu 80 Prozent von externen Zulieferern kommen. Fehlt allerdings ein kleines, aber wichtiges Bauteil, kann es nicht ausgeliefert werden.

Aber was hat die Krankheit Sars-CoV-2 mit den heutigen Lieferketten zu tun? Als das Virus Covid-19 im Dezember 2019 in Wuhan in der Volksrepublik China ausbrach, verbreitete

es sich schlagartig. Um das Virus einzudämmen, wurde innerhalb weniger Wochen erst die Stadt Wuhan, dann große Teile der Region Hubei unter Quarantäne gestellt und in 30 weiteren Provinzen Ausgangssperren erlassen. Vielerorts standen Fabriken und Produktionen still und es fehlten Fahrer für den Warentransport. Um das Virus weiter einzudämmen, hat die chinesische Zentralregierung das traditionelle Neujahrsfest verlängert. Aufgrund der verlängerten Feiertage wurde auch der Stillstand in den großen Seehäfen hinausgezögert (fünf von zehn der größten Seehäfen der Welt befinden sich in China).

Abgesehen von den Produktionsstopps haben die chinesischen Seehäfen bisher einen Rückgang der Fracht von ungefähr sechs Millionen TEU (Zwanzig-Fuß-Standardcontainer) zu verzeichnen. Das entspricht etwa einem Drittel des Jahresumschlags des größten deutschen Seehafens Hamburg. Mit der Ausbreitung des Virus hat sich diese Situation in vielen Ländern auf der Welt wiederholt. In der EU oder den USA stehen ebenfalls Fließbänder und Produktionsanlagen still und Millionen Menschen erscheinen nicht zur Arbeit. Aber auch der Warenverkehr ist betroffen, weil Fahrer in Quarantäne sind oder die Fracht ausbleibt.

Aber wie kommt es nun zu den Lieferengpässen und warum ist das relevant? Die heutigen

Lieferketten sind häufig just-in-time. Das heißt, Materialien werden nur in der Stückzahl und zu dem Zeitpunkt geliefert, wie es für die Erfüllung des Kundenauftrags erforderlich ist. Das spart Zeit und Geld. Fehlt allerdings eine Komponente, kann das Endprodukt nicht verkauft werden – wie ein Auto ohne Reifen. Unsere Lieferketten sind also einerseits hoch effizient und andererseits anfällig für kurzfristige externe Schocks.

Das Wegbrechen der Wirtschaftsleistung ist das Eine. Etwas anderes ist der Verlust von Menschenleben, weil Medikamente, Atemmasken, Schutzkleidung oder andere systemrelevante Güter fehlen. Anfang März kam es in einigen Ländern zu Exportsperrern für Schutzausrüstung, Atemmasken und Schutzkleidung. In der Folge wurden Lieferungen für schon stark betroffene Länder wie Italien, Schweiz oder Österreich, zurückgehalten. Erst als die EU-Kommission eine Rüge wegen mangelnder Solidarität aussprach, verbesserte sich die Situation. Deshalb offenbart sich die europäische Solidarität nicht anhand von Eurobonds, sondern der Aufrechterhaltung der Lieferketten und des Warenverkehrs. Ohne diese sind wir und unsere europäischen Nachbarn von lebensnotwendigen Waren abgeschnitten. Für uns Liberale sind in diesen Zeiten Kooperation und der freie Verkehr von Waren in der EU kein Selbstzweck. Sie sind Ausdruck von Solidarität, Hilfsbereitschaft und Zusammenhalt der europäischen Gemeinschaft.

Wie wird die Corona-Krise die Zukunft des Warenverkehrs nun verändern? Das kann keiner genau vorhersagen. Sicher ist dennoch, dass sich Warenströme und Lieferketten ändern werden. Produzenten werden ihr bisheriges Verhältnis zwischen Effizienz und Sicherheit bei der Warenproduktion neu bewerten. Möglich sind Szenarien, in denen wieder mehr regional hergestellt wird, Unternehmen größere Rücklagen bilden, um auf Engpässe zu reagieren oder Lieferketten weiter diversifiziert und flexibilisiert werden. Eine Situation wie die jetzige wird aber auch in Zukunft nicht unvermeidbar werden. Die Frage wird nur sein, wie gut wir uns vorbereitet haben.



FELIX SEBASTIAN SCHULZ (29)

arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Bernd Reuther, MdB und promoviert zum Thema nachhaltiger Verkehr. Mitglied der JuLis Berlin Mitte und erreichbar unter felix_schulz3@gmx.de

Es ist nicht die Schuld des Kapitalismus



„Es ist nicht das Virus, das die Menschen tötet, sondern der Kapitalismus“, erklären Politiker und Journalisten des linken Spektrums öffentlich. Neben der Debatte um die politischen Maßnahmen erleben wir auch ein Aufflammen der grundlegenden System-Debatte. Hier müssen wir Junge Liberale gut vorbereitet sein.

Bereits jetzt arbeiten viele politische Gruppierungen und Bewegungen daran, die Auswirkungen der Pandemie als Problem der Marktwirtschaft zu verkaufen. Diese Schlüsse sind nicht nur völlig inakzeptabel, sondern auch falsch. Ein Blick auf Länder mit einer staatlich kontrollierten Wirtschaft zeigt ohnehin, wie verheerend solche Krisen dort wüten. Aber vielmehr müssen sich Liberale in dieser Zeit doch auch bestätigt fühlen: Die Einschränkungen, die wir momentan für unseren Alltag erleben, zeigen doch in aller Deutlichkeit das enge Verhältnis zwischen privater und wirtschaftlicher Freiheit. Freiheit lässt sich eben nicht teilen. All denjenigen, die jetzt ein neues System fordern, müssen wir entgegentreten und argumentativ den Wind aus den Segeln nehmen: Ein freiheitliches System braucht immer auch eine freie Wirtschaft. Wir brauchen ein Narrativ für den anstehenden Aufschwung und das muss deutlich sein: Es lebe der Kapitalismus.

Deswegen sind Diskussionen über mehr staatlichen Einschränkungen oder gar ein neues System nach der Pandemie völlig unnötig. Die Wirtschaftspolitik nach dem Abschwung muss sich durch Entfesselung kennzeichnen. Das bürokratische System mit all seinen Verordnungen und Pflichten benötigt ohnehin seit Jahrzehnten eine grundlegende Reform. Das fängt bei Dokumentationspflichten an, geht bei Genehmigungsverfahren weiter und hört letztendlich bei unserem Steuersystem mit rund 40 Steuerarten und tausenden Ausnahmetatbeständen auf. In der Krise steckt rein wirtschaftspolitisch also auch eine Chance: Die Entfesselung ihres Potentials, wenn unser Staat sich wieder mehr auf die Felder konzentriert, in dem wir sein Handeln und seine Eingriffe benötigen.

Der Markt wird wie in so vielen Bereichen eben viel mehr die Lösung sein. Wir werden in den kommenden Monaten erleben, dass es die Unternehmer sind, die mit Innovationen und Weitsicht, viele Probleme lösen werden und für Aufschwung sorgen. Und all jene Menschen, die mit Mut und Lust auf die Zukunft aus der Krisenzeit heraustreten wollen, sollten sich dabei auf unsere Unterstützung verlassen können.



ALEXANDER STEFFEN (27) ist stellvertretender Landesvorsitzender für Programmatik in NRW. Ihr erreicht ihn unter alexander.steffen@julis-nrw.de

ANZEIGE

Svenja Hahn

Mitglied des Europäischen Parlaments

In der liberalen Renew Europe Fraktion kämpfe ich für demokratische Reformen und ein unkompliziertes Europa. In den Ausschüssen für Binnenmarkt und Verbraucherschutz sowie für internationalen Handel arbeite ich für Digitalisierung, Künstliche Intelligenz, wertebasierten Freihandel und Perspektiven für junge Europäerinnen & Europäer.

renew
europe.

 @svenja_ilona_hahn
 /svenjahahnfdp
 @svenja_hahn

Fluch und Segen

Was wir von Corona für unser
Bildungssystem lernen können

LIEBE JULIS, GERNE HÄTTE WIR EUCH ZUSÄTZLICH ...

... bereits in unserer ersten Ausgabe die neue Rubrik „Manöverkritik“ vorgestellt. In der „Manöverkritik“ laden wir ab sofort Vertreterinnen und Vertreter aus Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Wissenschaft ein, sich kritisch mit unserer programmatischen Verbandsarbeit auseinanderzusetzen. Gastautoren haben hierbei die Möglichkeit, sich mit unserer Beschlussammlung vertraut zu machen und aus ihrer Sicht unsere Forderungen zu kritisieren, Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten und neuen Input zu liefern.

Ursprünglich war Anna Peters, Bundessprecherin der Grünen Jugend, für die ers-

te Ausgabe angedacht. Leider haben die Grünen Jugend und Anna Peters vor Kurzem die Abschaffung des Verfassungsschutzes gefordert. Diese Forderung ist nicht mit unseren Grundwerten vereinbar.

Es steht außer Frage, dass wir Julis uns zum Grundgesetz bekennen. Unsere Toleranzgrenze hinsichtlich Gegnern der Verfassung ist dementsprechend niedrig. „Wer Klimaschutz mit Verfassungsfeindlichkeit verwechselt, hat die Klimakrise nicht verstanden.“, veröffentlicht Anna Peters auf dem Instagramaccount

der Grünen Jugend. Warum sich der Klimaschutz nicht an der Verfassung messen lassen muss, können wir nicht nachvollziehen. Nichtsdestotrotz möchten wir euch den Artikel aus Transparenzgründen zur Verfügung stellen. Schreibt uns einfach eine Mail an redaktion@julis.de

Für Vorschläge interessanter Gastautoren sind wir immer offen, egal ob WirtschaftsvertreterIn, VirologinIn oder Studierendenvertretung. Von Gastautoren erwarten wir sachliche, durchdachte Kritik abseits von ideologisch geführten Debatten.



Corona war ein Segen. Ja, richtig gelesen. Denn die Pandemie hat das Schließen der Schulen erforderlich gemacht und damit Lehrern und Verantwortlichen im Bildungssystem endlich gezeigt, dass wir Jahre verschlafen haben, den Unterricht digitaler zu gestalten. Klingt zynisch?

Ihr habt Recht. Covid-19 bringt die Wirtschaft und Finanzmärkte auf Talfahrt, kostet unzählige Menschenleben und bedeutet für uns alle große Eingriffe in die persönliche Freiheit. Die Pandemie ist ein Fluch, an dem nur wenig Positives zu finden ist. Trotzdem ein Versuch: Gerade im Schulwesen haben sich plötzlich Türen zu Bereichen geöffnet, in denen Digitalisierungsbefürworter und Vorreiter moderner Lernkonzepte jahrzehntelang gegen Wände geredet haben. Konservative Minister, strahlungsbesorgte Elternverbände und gleicher-Unterricht-seit-30-Jahren-Lehrer kamen auf einmal in Bewegung. Lasst uns den Schwung nutzen und aus Corona Lehren für die Zukunft ziehen!

Overhead-Projektoren raus, Digitalisierung rein. Eine alte, ausgelutschte Forderung der Liberalen. Hat sich ja auch nichts geändert,

könnte man entgegnen. Aber was ist denn diese Digitalisierung? Manch ein Direktor, ja sogar Schüler und Lehrer, würden Dokumentenkameras als digitale Revolution bezeichnen. Endlich landet der Tageslichtprojektor auf dem Elektroschrott und die gefürchtete Hausaufgabenfolie, auf der man mit Folienstift mühsam das genaue Diagramm der Matheaufgabe zeichnen musste und dann mit dem Handballen doch wieder alles verwischte, ist Vergangenheit. Heft drunter gelegt und zack! Aber nein, das ist keine digitale Revolution. Wer das revolutionär findet, kauft sich auch einen CD-Player, weil der Walkman aus der Mode gekommen ist – in Zeiten von Spotify. Es braucht eine ganzheitliche Strategie, bei der wir Unterricht, wie wir ihn heute kennen, komplett umkrempeln.

ERFOLGREICHE DIGITALE BILDUNG IST EIN KOMPLIZIERTES PUZZLE

Es ist ein Puzzle mit unendlich vielen Teilen. Nicht jedes passt für jede Schule, nicht für jeden Lehrer und erst recht nicht für jeden Schüler. Ein solches Puzzleteil sind digitale Lernplattformen: Moodle oder mebis zum Beispiel. Während viele Lehrer nach den Schulschließungen ihre Arbeitsaufträge per Mail verschickten, haben einige ihren Unterricht nahezu komplett wie gewohnt im Netz fortgesetzt. Die Plattformen ermöglichen fast alles: Bereitstellen von Arbeitsmaterialien, Streaming oder interaktive Filme, Austausch über Foren und eine Chatfunktion sowie Quizze und Abfragesituationen für Tests. Das alles gibt es schon seit Jahren, genutzt wurde es kaum. Denn es fehlt an Fortbildungen für die Lehrkräfte, sodass diese solche Tools auch nutzen. Das hat Corona unter Beweis gestellt, nur ein Bruchteil konnte sich überhaupt damit aus. Es hat Tage gedauert, bis alle Schüler und Lehrer einen Zugang hatten. Zudem klagen digitalaffine Lehrer über zu langsames Internet und die fehlende digitale Infrastruktur in den Klassenzimmern. Deshalb müssen endlich alle Lehrer in mehrtägigen Schulungen fit gemacht werden, junge Referendare gleich von Anfang an in die neue digitale Methodik eingeführt und alle Schulen mit Highspeed-Internet versorgt werden. Der Digitalpakt Schule war ein Anfang, wenn leider auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Über moodle oder mebis lässt es sich auch mit ganz neuen Methodiken unterrichten. Eine davon nennt sich Flipped Classroom – ein weiteres Puzzlestück – und dreht den Unterricht quasi um. Das, was der Lehrer den Schülern

fachlich beibringen muss, verwandelt er in ein Erklärvideo und schickt es der Klasse als Hausaufgabe, quasi zur Vorbereitung auf den Unterricht. Kinder und Jugendliche lernen heute sowieso schon mit Videos von TheSimpleClub oder Explainity auf YouTube. Warum also setzen nicht auch Lehrer und Schulbuchverlage auf eigene Videoformate, eben solche Erklärfilme, die in den Lernplattformen integriert werden können? Denn so wird die Wissensaneignung individueller: Die Schüler entscheiden wann, wo und wie oft sie den Clip anschauen. Und im Unterricht bleibt Zeit für Übungen, persönliche Betreuung und eine tiefe Auseinandersetzung mit dem Thema. Apropos, die Wissensvermittlung mit Video klappt natürlich auch im Home Schooling.

Aber wo ist denn jetzt das Visionäre? Das alles gibt es schließlich schon seit über zehn Jahren. Wie wär's mit Tablets als Schulbuch? Nicht genug? Nicht einfach nur ein PDF des Schulbuchs auf dem iPad, sondern eben richtig digitale Schulbücher. Bücher, die mitlernen, den Fortschritt des Schülers kennen und entsprechende Aufgaben zusammenstellen. Von künstlichen Intelligenzen berechnet, wo noch Übungsbedarf besteht, auf den Schüler zugeschnitten, um ihn am besten zu fördern und fordern. Leider sind wir davon noch meilenweit entfernt. Das liegt aber nicht an den Schulbuchverlagen. Klett und Cornelsen haben bereits Konzepte in der Schublade liegen. Es sind die Ministerien, die diese Revolution noch verhindern. Welcher Fluch muss also unser Land heimsuchen, dass wir mit einem solchen Fortschritt gesegnet werden?



TOBIAS WEISKOPF (22) studiert Wirtschaftspädagogik an der LMU und ist stellvertretender Stadtvorsitzender der JuLis München. Im März wurde er bei der bayerischen Kommunalwahl in den Freisinger Kreistag gewählt und kämpft dort für seine Herzenthemen Chancengerechtigkeit und Mobilität. Du erreichst ihn unter weiskopf@julis.de



In der Corona-Krise hochgelobt und doch nicht anerkannt

Warum Taiwan mehr ist als ein erfolgreicher Virusbekämpfer



Von der Innenpolitik Taiwans ist bisher hierzulande kaum etwas bekannt. Doch in den letzten Wochen hat sich der Inselstaat zum Paradebeispiel für eine erfolgreiche Pandemiebekämpfung gemauert. Ein genauer Blick in die Geschichte und Verdienste des Inselstaats zeigt aber, dass dieses Verhalten keine Überraschung ist.

Weniger als 450 registrierte Infektionen hat Taiwan seit Ausbruch des Coronavirus in Wuhan, der Hauptstadt der Provinz Hubei in der Volksrepublik China, verzeichnet. Anstatt auf die beschönigte Gefahreinschätzung der Volksrepublik zu vertrauen – wie es die Weltgesundheitsorganisation (WHO) getan hat – wurde in Taiwan bereits Anfang Januar gehandelt: Passagiere aus Wuhan wurden schon im Flugzeug untersucht und bei Feststellung von Symptomen frühzeitig unter Quarantäne gestellt.

Schnell kam auch die rückwirkende und konsequente Nachverfolgung von Kontaktpersonen infizierter Einreisender hinzu. Aktuell dürfen nur noch taiwanische Staatsbürger, Ausländer mit Aufenthaltstitel und in Ausnahmefällen auch Geschäftsleute einreisen. Eine strenge 14-tägige Quarantäne ist dabei für alle Pflicht und kann entweder in der eigenen Wohnung oder in von der Regierung bereitgestellten Unterkünften absolviert werden. Überwacht wird die Quarantäne mithilfe der Auswertung von Bewegungsdaten des Handys, Anrufen, digitalen Fragebögen und Hausbesuchen. Entfernt sich eine Person während der Quarantäne beispielsweise mehr als 50 Meter von der eigenen Wohnung, werden die Behörden automatisch alarmiert und es drohen empfindliche Strafen.

Nebenbei wurde in Taiwan früh die Produktion medizinisch notwendiger Produkte, wie

Masken, hochgefahren und ihre Vergabe rationiert. So gibt es für jeden alle zwei Wochen gegen Vorlage der Krankenkassenskarte neun Masken – nicht zuletzt, um die Maskenpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln einhalten zu können. Mithilfe einer App können Bürger außerdem herausfinden, wo Masken noch verfügbar sind. Hinzu kommen tägliche Briefings medizinischer Fachleute und die anschauliche Veröffentlichung umfangreicher Informationen auf der Internetseite des Taiwan Centers for Disease Control. Diese sehr präzisen, transparenten und vor allem erfolgreichen Maßnahmen ermöglichen aktuell die Fortführung des öffentlichen Lebens in Taiwan und finden auch in internationalen Medienbeachtung.

Trotz dieser Verdienste in der Corona-Krise fehlt Taiwan der Zugang zu internationalen Organisationen wie beispielsweise der WHO. Dass die Volksrepublik ihren Einfluss dort seit Jahren gnadenlos und auf Kosten wertvoller medizinischer Kooperation ausspielt und Taiwans Beteiligung blockiert, wird in der aktuellen Krise deutlicher denn je. Erst stuft die WHO Taiwan trotz unangefochten niedriger Infektionszahlen als Hochrisikogebiet ein. Dann ignoriert der leitende WHO-Offizielle Bruce Aylward, während eines Video-Interviews Ende März, die Frage nach Taiwans Strategie zur Virusbekämpfung und legt schließlich als Reaktion auf eine erneute Nachfrage der Journalistin einfach wortlos auf.

Klar ist, dass die Welt bei der Bekämpfung des Coronavirus von Taiwan lernen kann und der politisch motivierte Ausschluss und das Verhalten der WHO gegenüber Taiwan inakzeptabel sind. Die FDP hat sich deshalb am 26. März bereits mit einem Antrag im Bundestag für Taiwans Beobachterstatus in der WHO eingesetzt. Insgesamt hat Taiwan aber nicht nur wegen seiner erfolgreichen Pandemiebekämpfung, sondern eben vor allem als beispiellose und florierende liberale Demokratie in Asien internationale Anerkennung und die Solidarität liberaler Partner verdient.

Dazu hilft zunächst ein Blick in die Geschichte: Nach dem Ende des Chinesischen Bürgerkriegs flohen die Anhänger der Republik China (Taiwan) vom Festland auf die Insel *Formosa* (Taiwan) und regierten dort unter autoritärer Führung weiter. Ende der 1980er-Jahre startete dann eine bemerkenswerte demokratische Transition, welche von der bis dahin autoritär regierenden Partei *Kuomintang* selbst angestoßen wurde. Heute gilt Taiwan mit einem Mehrparteiensystem, einer aktiven Zivilgesellschaft und einer funktionierenden Rechtsstaatlichkeit unter Achtung der Menschenrechte als Musterdemokratie in Asien. Getragen von einer liberalen Gesellschaft und geführt von der liberalen Präsidentin Tsai Ing-wen führte Taiwan im letzten Jahr als erstes asiatisches Land die Ehe für alle ein.

Europa und vor allem Deutschland verhalten sich wegen der wichtigen Wirtschaftsbeziehungen zur Volksrepublik China gegenüber Taiwan sehr zurückhaltend. Außenminister Heiko Maas (SPD) konnte sich beispielsweise nach der Wiederwahl Tsais im November 2019 nicht einmal zu einer Beglückwünschung durchringen. Ungeachtet von dieser ablehnenden Haltung spendete Taiwan zur Unterstützung im Kampf gegen das Coronavirus Anfang April knapp sechs Millionen Masken an EU-Staaten. Es ist an der Zeit, dass sich die Europäische Kommission und die Bundesregierung endlich stärker dafür einsetzen, dass auch Taiwan eine Stimme auf internationaler Ebene bekommt, denn die aktuelle Krise macht einmal mehr deutlich: Taiwans Stimme ist nicht nur verdient, sondern wird auch dringend gebraucht!



PHILIPP STRUVE (24) studiert Globale Politische Ökonomie an der London School of Economics and Political Science und der Fudan Universität Shanghai. Taiwans Möglichkeiten für mehr internationale Anerkennung liegen ihm besonders am Herzen. Du erreichst ihn unter philipp.struve@web.de

Gestärkt aus der Krise hervorgehen

– Chancen einer globalen Pandemie



Stefanie Unbehauen macht deutlich, dass wir Liberale auch in schlechten Zeiten nach Chancen Ausschau halten.

CHANCE 1: BESSERE BILDUNG DURCH DIGITALISIERUNG

Digitalisierung – das einzige Thema, bei dem sich im Bundeswahlkampf 2017 alle Parteien des gesamten politischen Spektrums einig waren: Mehr davon! Die FDP ist vorgeprescht, andere zogen gezwungenermaßen nach. Doch umgesetzt wurde durch die GroKo seither wenig bis gar nichts. Die Devise „weiter so“ zog sich durch Schulen, in deren Klassenzimmern der Overheadprojektor fester Bestandteil ist und durch Universitäten, die trotz überfüllter Hörsäle weiterhin keine Vorlesungszeichnungen anbieten. Von der schlechten Internetverbindung ganz zu schweigen. Doch die Krise zeigt: Es geht auch anders. Der Anfang wurde gezwungenermaßen geschafft, jetzt gilt es nicht nur die verpassten Chancen aufzuholen, sondern zu überholen.

CHANCE 2: DER MARKT ALS CHANCE

Not macht erfinderisch. Der Markt, der nun wieder vermehrt in der Kritik steht, zeigt seine Wandelbarkeit: Modemarken designen Atemschutzmasken statt Klamotten, Möbelhäuser bauen Krankenliegen statt Einbauküchen, Autokonzerne verwenden ihre 3D-Drucker, um Beatmungsgeräte herzustellen. In der Krise zeigt sich, wie Innovation in kürzester Zeit gelingen kann und dass der Wettbewerbsmarkt eben doch funktioniert und sich schnell an neue Anforderungen anpasst. Statt allgemeiner Kapitalismuskritik sollten wir uns als

Gesellschaft alle gemeinsam fragen, wie wir die Wirtschaft nach dem Lockdown ankurbeln können.

CHANCE 3: WERTSCHÄTZUNG FÜR QUALITÄTSJOURNALISMUS

Die Krise legt einen weiteren wunden Punkt offen: Die fehlende Bereitschaft, für Qualitätsjournalismus zu zahlen. Es kann nicht einerseits hochwertige, schnelle Berichterstattung gefordert und sich andererseits über Bezahlschranken empört werden. Denn hier arbeiten Menschen in einem systemrelevanten Beruf, die angemessen und wertgeschätzt für ihre Arbeit bezahlt werden wollen. Gerade in Zeiten von Fake News und WhatsApp-Kettenbriefen zeigen sich eben auch die Tücken der Digitalisierung, denen nur eines entgegengesetzt werden kann: Wasserdichte Fakten.

CHANCE 4: DIE EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Italienische Intensivpatienten werden nach Deutschland und Österreich eingeflogen, um hier behandelt zu werden. Frankreich spendet Masken, Tschechien schenkt Italien und Spanien Schutzanzüge. Es sind nicht nur Spenden, sondern auch Taten, die zeigen, dass die Solidarität innerhalb der EU funktioniert. Obwohl kein europäisches Land von der Coronakrise verschont bleibt, wird gegenseitige Unterstützung geleistet.



STEFANIE UNBEHAUEN (23) hat Wirtschaftswissenschaften in Nürnberg studiert. Zurzeit befindet sie sich im Zweitstudium des Wirtschafts- & Politikjournalismus an der FH Ansbach und ist Chefredakteurin des Juleo. Du erreichst sie unter stefi.unbehauen@gmx.de



Impressum

jung+liberal ist das Mitgliedermagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung+liberal per Abonnement. Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung+liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:
Bundesverband Junge Liberale e.V.
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Telefon: (040) 680 78 55-0
Telefax: (040) 680 78 55-22
E-Mail: info@julis.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P): Franziska Zimmerer (franziska.zimmerer@julis.de) und Franz Märkl (franz.maerkl@julis.de)

Autoren: Marc Bauer, Sandra Drossel-Büch, Barbara Eggers, Tabea Gandelheit, Jennifer Kaiser, Matti Karstedt, Matthias Keidel, Alexander Kobuss, Michel Nentwig, Pascal Schejnoha, Felix Sebastian Schulz, Alexander Steffen, Philipp Struve, Stephanie Unbehauen, Tobias Weiskopf

Auflage: 12.500 Exemplare
Gestaltung: Himmel & Jord, Berlin

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht. Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung. Meinungsbeiträge, insbesondere von Gastautoren im Rahmen der Manöverkritik, werden weder inhaltlich noch redaktionell, lediglich auf Rechtschreibung, überarbeitet.

Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbrief und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an redaktion@julis.de schicken.

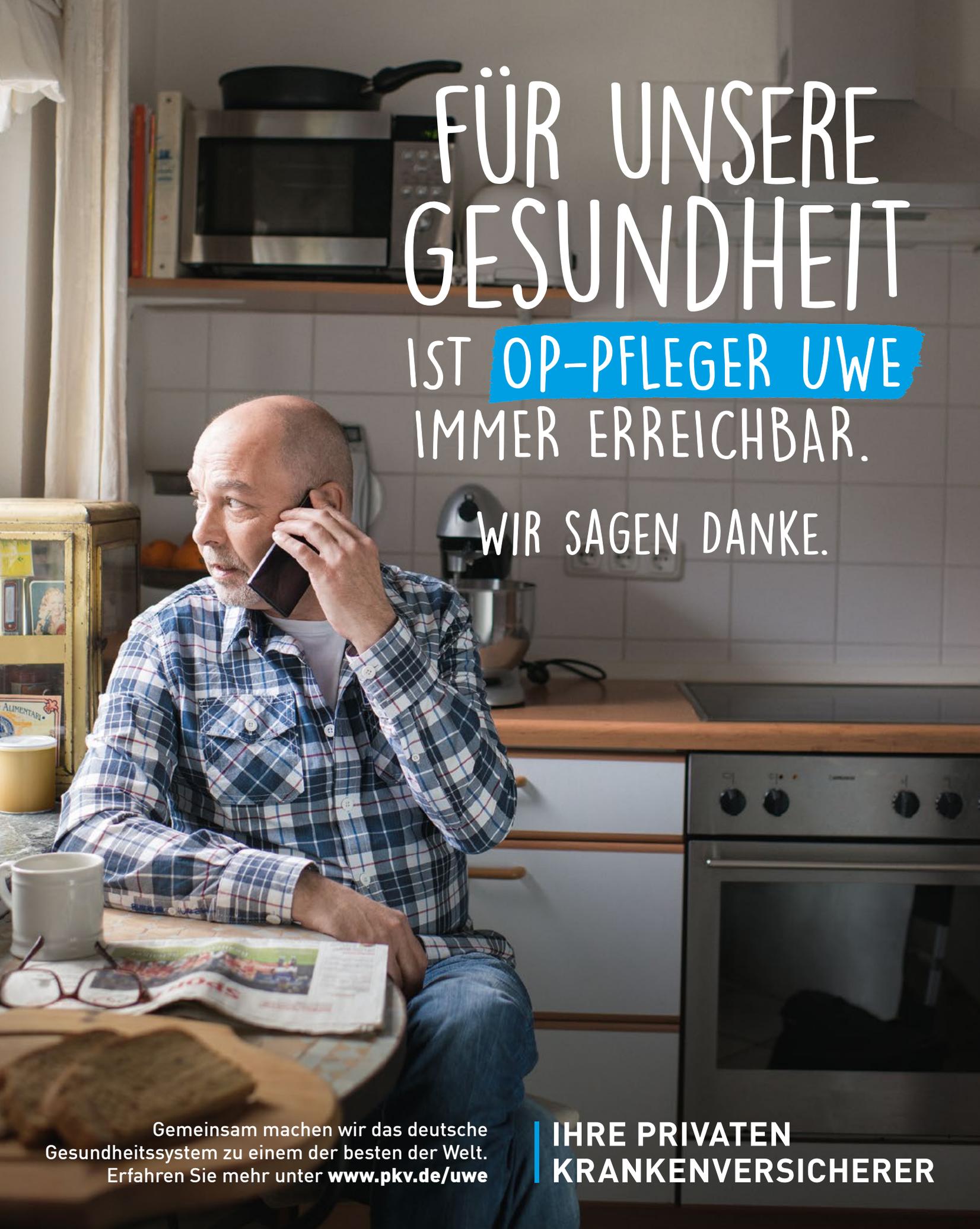
Bildnachweise

© Julis/privat sowie Himmel & Jord GmbH, Berlin
Illustrationen sind teilweise mithilfe lizenzfreien Materials von pixabay.com und unsplash.com erstellt und werden nicht gesondert ausgewiesen.

Dieses Magazin wird gefördert vom



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

A middle-aged man with a shaved head and a goatee is sitting at a kitchen table. He is wearing a blue and white plaid button-down shirt over a white t-shirt and blue jeans. He is holding a black smartphone to his ear with his right hand and looking off to the side. On the table in front of him is a white mug, a pair of glasses, and an open newspaper. The background shows a kitchen with white tiled walls, a wooden countertop, a stainless steel oven, and a microwave on a shelf.

FÜR UNSERE
GESUNDHEIT

IST **OP-PFLEGER UWE**
IMMER ERREICHBAR.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche
Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt.
Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/uwe

**IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**